

werden, daß Jelzin von seinem Entschluß wieder abgerückt ist, sich am 12. Juni 1994 vorgezogenen Präsidentschaftswahlen zu stellen, so daß er bis zum Ende seiner regulären Amtszeit russisches Staatsoberhaupt sein dürfte. Er möchte 1996 nicht erneut kandidieren und will in der Zwischenzeit einen würdigen Nachfolger für sich aussuchen. Das bedeutet, daß 1996 Neuwahlen sowohl des Parlaments als auch des Präsidenten stattfinden dürften und daß sich erst in zwei bis drei Jahren die mittelfristig geltende politische Konstellation

herausbilden wird. Zu diesem Zeitpunkt könnte auch eine *Verfassungsänderung* vorgenommen werden, die jetzt schon entworfen wird. Ob diese Verfassungsänderung nur vorhandene Widersprüche beseitigt oder vielleicht auch die demokratischen Gegengewichte zum machtvollen Amt des Präsidenten stärkt, ist offen. Diese Frage wird an politischer Bedeutung gewinnen, wenn sich abzeichnen sollte, daß in einer Stichwahl unter Umständen Schirinowskij die Präsidentschaftswahl gewinnen könnte. *Eberhard Schneider*

Ein Land im Wirtschaftsfieber

Steht China vor einem politischen Wandel?

Die Volksrepublik China erlebt seit Jahren einen Wirtschaftsboom, der das Gesicht des Landes teilweise gewaltig verändert hat. Politisch befindet sich das Riesenreich derzeit in einer Art Wartestand. Die kommunistische Partei hält weiterhin an ihrer Herrschaft fest, aber niemand kann voraussagen, in welche Richtung sich die Dinge nach Deng Xiaoping entwickeln werden. Auch die Religionsgemeinschaften sind nach wie vor der staatlichen Kontrolle unterworfen, nicht zuletzt die katholische Kirche. Die vielfach erwartete Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik und dem Heiligen Stuhl steht noch aus.

Ausländische Besucher, die in regelmäßigen Abständen in die VR China reisen, berichten durchgehend mit Besorgnis oder gar mit Entsetzen über die Begleitumstände, die die Einführung der *sozialistischen Marktwirtschaft* in China begleiten. Auch die große Zahl der einfachen Touristen, die den Versprechungen der Reise-Unternehmen über das faszinierende Land der Chinesen gefolgt sind, erfahren eher die negativen Seiten des chinesischen Wirtschaftswunders. Der Verkehr in den Großstädten hat rasant zugenommen, da die Zahl der privat genutzten Autos sprunghaft gewachsen ist und die eingespielte Aufteilung, daß der Individualverkehr vornehmlich mit dem Fahrrad erledigt wird, nicht länger gilt. Die wachsende *kapitalistische Mentalität* hat auch zur Folge, daß die Fluggesellschaften, Hotels und andere touristischen Institutionen im großen Stil Überbuchungen zulassen – mit entsprechenden negativen Auswirkungen für die betroffenen Besucher.

Politisch gesehen, befindet sich die VR China in einer Art Wartestand. Der starke Mann Chinas, der *Deng Xiaoping* trotz seiner kleinen körperlichen Statur für mehr als ein Jahrzehnt gewesen ist, hat schon lange den Verzicht auf alle offiziellen Ämter erklärt, wegen zunehmender physischer Schwäche jetzt aber auch wohl tatsächlich seinen Einfluß verloren. Die Frage, wer seine Stellung erben wird, ist trotz der Quasi-Benennung von *Jiang Zemin*, der die entscheidenden Positionen des Generalsekretärs der kommunistischen Partei Chinas, des Präsidenten und des Vorsitzen-

den der Verteidigungskommission innehat, noch nicht entschieden.

Zu schnelles Wirtschaftswachstum

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der Chinesischen Kommunistischen Partei (11.–14. November 1993) bestätigte den schnellen Entwicklungskurs, den Deng Xiaoping in seinen letzten Reden und Verlautbarungen empfohlen haben soll. Von Deng wird das Zitat überliefert, daß „langsame Entwicklung nicht Sozialismus“ darstelle und „nur eine schnelle Entwicklung vernünftig“ sei. Nach Angaben des Statistischen Amtes in Beijing stieg das Bruttosozialprodukt 1993 um 13 Prozent, gegenüber 12,8 Prozent für 1992. Die Kehrseite der zweistelligen Wachstumsraten zeigt sich in der Entwicklung der Inflationsrate, die mit 17,9 Prozent in den Städten und 14,5 Prozent auf Landesebene einen neuen Rekord erreicht hat. Verglichen mit 6,4 Prozent für 1992, ist das mehr als eine Verdoppelung. Fachleute sprechen davon, daß eine langsamere Entwicklung mit einer Wachstumsrate von knapp unter 10 Prozent der chinesischen Volkswirtschaft besser entsprechen würde als das gegenwärtige allzu schnelle Wachstumstempo. Innerhalb der gegenwärtigen politischen Führungsspitze finden sich Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident *Li Peng* vereint auf seiten der Wachstumsbefürworter, während Finanzminister *Zhu Rongji* sich

als Anwalt von Sparsamkeit und langsamem Wachstum darstellt – eine gegenwärtig eher isolierte Position (vgl. FEER, 25.11.93, 14f.).

Immerhin gelang es Zhu Rongji im Herbst, eine wichtige Reform – in seinen Worten: die „bedeutendste strukturelle wirtschaftliche Reform der letzten Jahre“ – durchzusetzen, indem die People's Bank of China zu einer echten Zentralbank gemacht wurde, die nun imstande sein soll, ohne Einmischung von örtlichen Regierungsstellen eine einheitliche Geldpolitik zu betreiben, um den Wert der chinesischen Währung zu stabilisieren. Auch soll der Renminbi von Anfang 1994 zu einer international konvertierbaren Währung gemacht und die Sonderwährung für Ausländer (Foreign Exchange Certificate) abgeschafft werden.

Es ist offensichtlich, daß politische Rücksichten sich gegenüber wirtschaftlicher Vernunft durchgesetzt haben, indem die Sparmaßnahmen als politisch inopportun nicht mit der nötigen Konsequenz verfolgt wurden. Seitens der Provinzen im Süden des Landes, allen voran die Provinz Guangdong, wird der Kampf gegen die Sparmaßnahmen der Zentralregierung zugleich auch als Beweis der eigenen regionalen Stärke gesehen. Es ist deutlich, daß das Zentrum Beijing gerade in der Wirtschaftspolitik das Gesetz des Handelns an die Provinzen im Süden verloren hat.

Neben diesen Faktoren werden auch die vorhandenen eklatanten *Mängel in der Infrastruktur* über kurz oder lang den wirtschaftlichen Aufschwung der VRChina bremsen. Die Investitionen für die Energieversorgung halten mit dem ständig steigenden Bedarf seit langem nicht mehr Schritt. Es fehlt an einer zentralen Planung, hier effektiv Abhilfe zu schaffen und langfristig ein neues Energiekonzept zu entwickeln. Noch dramatischer ist die Entwicklung beim Schienen- und Straßenverkehr, wo ebenfalls die Schere zwischen steigendem Bedarf und nur zögerlicher Erweiterung immer weiter aufgeht. Verbunden damit sind die immer gravierender werdenden Umweltprobleme: Die Liste der Umweltschäden – Verschmutzung der Luft, des Wassers, Verschlechterung der Lebensqualität, Zerstörung der Wälder etc. ... – wird immer länger, ohne daß effektive Gegenmaßnahmen ernsthaft versucht würden. Das große Entwicklungshemmnis für China wird aber der *Bildungsnotstand* sein, der zu einem alarmierenden Mangel an Fachkräften für die Wirtschaft, Wissenschaft und praktisch alle anderen Bereiche führen wird. Es hat immer wieder Lippenbekenntnisse gegeben, das Bildungswesen Chinas zu reformieren und großzügig auszubauen. Geschehen ist de facto so gut wie nichts. Die Angst vor der Intelligenzija bei den kommunistischen Kadern, die meistens keine akademische Bildung aufzuweisen hatten und haben, sitzt sehr tief. Die verschiedenen Kampagnen gegen die Fachleute und Wissenschaftler sowie ihre mangelnde Bezahlung haben den Anreiz, sich für eine akademische Laufbahn zu entscheiden, gemindert. Die zur Zeit vorhandenen Ausbildungsstätten innerhalb Chinas würden einen größeren Ansturm auch gar nicht befriedigen können. Soweit Stipendien für Auslandsstudien zu bekommen

waren, wurden sie in den Jahren nach der Kulturrevolution gern angenommen. Allerdings war bisher der Schwund für die VRChina ziemlich groß, da ein Großteil dieser Studenten nicht mehr nach China zurückkehren will. Die ideologischen Kampagnen im Gefolge der Ereignisse am Tiananmen-Platz im Juni 1989 haben das Problem noch verschärft. Derzeit gibt es eine Unmenge von Berichten, in denen der Begriff „Den Sprung ins Wasser tun“ (chin.: xia hai) eine zentrale Rolle spielt. Mit diesem Ausdruck wird das Aussteigen z.B. von Hochschulprofessoren und Lehrern der verschiedenen Schularten oder auch von Parteibonzen aus ihren bisherigen Funktionen beschrieben, die sich in der Wirtschaft als selbständige Unternehmer betätigen wollen. Das Phänomen ist Ausdruck der immer größer werdenden Diskrepanz zwischen den festen Löhnen von Staatsbeamten und den Geldern, die inzwischen in der Wirtschaft zu verdienen sind. Während es immer häufiger vorkommt, daß Lehrer längere Zeit auf die Auszahlung ihres Gehaltes durch die zuständigen Behörden warten müssen, werden in der Wirtschaft von wagemutigen Spekulanten Rekordgewinne gemacht. In Shanghai haben auch religiöse Organisationen den „Sprung ins Wasser“ der sozialistischen Marktwirtschaft vollzogen. Die offiziellen buddhistischen, taoistischen und protestantischen Organisationen haben eine Gesellschaft gegründet, um gemeinsam die sich in ihrem Besitz befindenden Grundstücke zu verwalten und zu vermarkten (China News and Church Report, 3.9.93).

Das Phänomen des „Guanxi-Kapitalismus“

Die „Far Eastern Economic Review“ aus Hongkong brachte eine Titelgeschichte (16. 12. 1993) zum Thema „Investitionen der VRChina – und die Erträge?“, die Chancen und Risiken direkter Investitionen, mit denen nicht aufgelistete Aktien in der VRChina gekauft werden, kritisch unter die Lupe nimmt. Dabei wird festgehalten, daß der Weg für direkte Investitionen in der jüngsten Zeit immer mehr von bürokratischen Auflagen entschlackt und zunehmend vereinfacht worden sei. Zweifelhaft erscheint aber weiterhin, wie die zu erwartenden Gewinne zu realisieren sind – ein Thema, das Investoren naturgemäß am meisten interessiert. Eine schnelle Antwort auf diese Unsicherheit ist für das weitere Investitionsklima in China von entscheidender Bedeutung. Gewöhnlich spricht man von der *Öffnung der chinesischen Wirtschaft gegenüber dem Westen*, um die liberalisierte Handels- und Investitionspolitik in China zu beschreiben. Bei genauem Hinsehen wird allerdings fraglich, wie groß tatsächlich der Anteil der Investitionen aus Europa und Nordamerika am Gesamtvolumen der in der VRChina getätigten Investitionen ist. Den Löwenanteil, d.h. gegenwärtig etwa 90 Prozent der Investitionen, teilen nämlich Hongkong und Taiwan sowie seit neuestem Singapur unter sich auf. Konkret heißt dies, daß das meiste Kapital, das in langfristige Investitionen auf dem Festland China angelegt wird, von Übersee-Chinesen investiert wird.

Für die besondere Art dieser Beziehungen und die daraus resultierende Wirtschaftsform hat man den Namen *Guanxi-Kapitalismus* (vom amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Gary Hamilton erstmals gebraucht) geprägt. Das chinesische Wort *guanxi* steht für „Beziehung“ bzw. „Netzwerk“ und drückt gut die neu entstandenen Netzwerke verschiedener chinesischer Familienbetriebe aus, die in immer stärkerem Maß sich in der VR China ausdehnen. Diese informelle Wirtschaftspolitik, die im wesentlichen an den staatlichen zentralen Planungs- und Direktionsorganen in Beijing vorbei in den Provinzen direkt tätig wird, zeitigt auf die Dauer erhebliche politische und ideologische Implikationen. Es ist deutlich, daß die eigentlich bestehenden politischen Antagonismen zwischen der VR China und Taiwan auf diese Art des Guanxi-Kapitalismus keinen hemmenden Einfluß mehr haben. Die Entwicklung Taiwans zu einer stärker demokratischen politischen Ordnung wird aber auf die Dauer auf das bestehende politische System der VR China zersetzend wirken.

Es gibt erste Spekulationen – so z. B. eine im Oktober 1993 erschienene Publikation der chinesischen Akademie der Wissenschaften –, daß China nach dem Tod von Deng Xiaoping wie die Sowjetunion in eine Reihe von Staaten zerfallen könnte. Diese Annahme läuft aber den seit Jahrhunderten in

China eingebrannten traditionellen Denkmodellen von der Einheit der chinesischen Kultur und des Volkes zuwider. Deutlich ist aber auch, daß die zentrale Gewaltausübung von Beijing aus immer häufiger eher Fiktion denn Wirklichkeit ist. Viele Provinzregierungen bekunden nur nach außen ihren Gehorsam der Zentralgewalt gegenüber, während sie ihre eigenen Interessen verfolgen. Insgesamt ist das Beziehungsgeflecht, das zwischen dem Festland und den überseeischen chinesischen Investoren als „guanxi“ erscheint, tief in der traditionellen chinesischen Kultur der zwischenmenschlichen Beziehungen verankert. In der Form des „Guanxi-Kapitalismus“ kann es sich als ein revolutionäres Prinzip erweisen, das mithilft, die bestehende kommunistische Ordnung aufzuweichen.

Manche Erscheinungen in der VR China erinnern an frühkapitalistische Zustände, bei denen es um eine schnellstmögliche Gewinnmaximierung ohne Rücksicht auf die Kosten auf den Gebieten der Umwelt, der menschlichen Arbeitskräfte und des gesamtgesellschaftlichen Nutzens geht. Schon immer wird den Chinesen ein wirtschaftlicher Urinstinkt – die Faszination des Reichwerdens („fazai“) – nachgesagt. Die neu gewonnene wirtschaftliche Freiheit wird von vielen dahingehend verstanden, sich möglichst schnell und umfassend eine Position zu verschaffen, von der aus das ersehnte Ziel

Themen der Zeit

KOMPETENT KRITISCH KNECHT

Der Mensch muß seine „Gewaltherrschaft“ gegen die Natur in eine „Verschwisterung“ mit ihr umwandeln.



Verlag Josef Knecht
Liebfrauenberg 37
60313 Frankfurt/M.

Frieden im Nahen Osten – eine Utopie?
Chacour zeigt und lebt den inzwischen eingeschlagenen Kompromiß vor.

DM 48,-



DM 35,- (ISBN 3-7820-0683-1)

(ISBN 3-7820-0674-7)

„Reichwerden“ Wirklichkeit werden kann. Dabei kommt es zu Verstößen gegen bestehende Gesetze, gegen menschlichen Anstand und Achtung vor der Integrität anderer Personen. Ein besonders krasser Fall dieser Raffgiermentalität offenbart sich am Beispiel des Dorfes Dauqiuzhang, das noch vor zwei Jahren als das „reichste Dorf Chinas“ Schlagzeilen machte. Sein Parteichef *Yu Zuomin*, dem jetzt der Prozeß gemacht wurde, galt damals als eine Art Wundertäter, weil er es geschafft hatte, das kleine Dorf durch seine besondere Form der Wirtschaftsentwicklung in kürzester Zeit zu unerhörtem Reichtum zu führen. Jetzt wurden die von der kommunistischen Propaganda so gelobten „besonderen Methoden“ als schlimme Form von Wirtschaftskriminalität hingestellt. Die verschiedenen Parteioorganisationen, die zu positiv zu Yu standen, distanzieren sich, und die ganze Schuld an dem Debakel einer verfehlten, kriminellen Wirtschaftsführung wurde einer kleinen Personengruppe um den ehemaligen Parteichef angehängt, um auf diese Weise die kommunistische Partei aus der Schußlinie zu bekommen.

Kampagnen gegen Korruption gehören zum Standardprogramm der Kommunistischen Partei Chinas. Die ständig neuen Versuche, gegen dieses Übel vorzugehen, machen deutlich, daß es nicht gelingen will, die Ursachen für diese Malaise wirklich anzugeben. Sie liegen in der unkontrollierten Macht der kommunistischen Partei, den vielen Möglichkeiten, sich zu bereichern, die eine Staatswirtschaft den politisch Verantwortlichen bietet, gekoppelt mit einer unzureichenden Entlohnung, die Korruption zur unwiderstehlichen Versuchung macht. Zu den alten Formen der Korruption gehört die weitverbreitete Praxis großzügiger Bewirtung aller Arten von Gästen mit immer üppigeren Festessen, die zu einer einträglichen Einnahmequelle einer ganzen Reihe von Restaurants und Hotels geworden sind. Die gegenwärtige wirtschaftliche Boom-Phase bringt es mit sich, daß Behörden die Erteilung allfälliger Bewilligungen von der Zahlung immer offener verlangter „Zusatzgebühren“, in der Regel eindeutige Schmiergelder, abhängig machen. Bestimmte Parteiposten bzw. Stellungen in der Wirtschaft werden ganz offen gegen feste Bargeldzahlungen zum Verkauf angeboten. Die Preise richten sich danach, für welchen Zeitraum die Stelle gemietet wird. Besonders wild ist der Markt für alle Arten von offiziellen Stempeln und Beglaubigungen, wie Registrierungen von Geburten, Hochzeiten, Sterbefällen bis hin zu Anmeldungen von Gewerben und Beglaubigungen von bestimmten Geschäftstransaktionen. Selbst vor Schulen und Universitäten macht die Korruption nicht halt: Bestimmte Zertifikate und akademische Grade werden mehr oder weniger offen gegen Geld gehandelt. Hoch im Kurs steht auch der Kauf teurer ausländischer Automobile durch verschiedene Parteibüros. Offiziell sind Kauf und Einfuhr von Luxusautos westlicher Produktion für staatliche und Parteistellen verboten, finden aber doch im großen Stil statt.

Das Plenum der kommunistischen Partei im November 1993 befaßte sich mit Fragen der Wirtschaftspolitik. Die Entschei-

dungen, die dabei getroffen wurden, werden von einigen Beobachtern mit denen vor 15 Jahren verglichen, als unter der Leitung von Deng Xiaoping die Weichen für eine liberalere Wirtschaftspolitik gestellt wurden. Damals stand außer Frage, daß China sich als ein Land unterwegs zum Sozialismus verstand. Inzwischen sind die Zweifel an der Fortsetzung des Weges zum Sozialismus immer größer geworden. Die grundsätzliche Entscheidung für eine schnelle Wirtschaftsentwicklung nährt die Zweifel am Fortdauern der Führungsrolle der kommunistischen Partei und an ihrem Bekenntnis zum Sozialismus. Immer mehr Leute fragen sich, was das Etikett „sozialistische Marktwirtschaft“ eigentlich mit einer wie immer gearteten Form von Sozialismus noch zu tun hat. Auch werden Fragen laut, wieso eigentlich eine kommunistische Partei, die in der Vergangenheit so gravierende Fehler in der Wirtschaftspolitik begangen hat, auch weiterhin die Führung des Staates auf allen Gebieten einschließlich der Wirtschaft beanspruchen kann. Das Element der zentralen Planung ist schon lange zugunsten des freien Spiels der Marktkräfte aufgegeben worden. Die Partei nimmt für sich in Anspruch, daß ihre Form eines „Sozialismus mit chinesischen Charakteristiken“ den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa überdauert habe.

Beim Plenum im November 1993 wurde darüber diskutiert, ob das staatliche Eigentumsmonopol an Produktionsgütern auch weiterhin beibehalten werden soll. Für dieses Mal ist man noch vor einer grundsätzlichen Kursänderung zurückgeschreckt, aber es ist abzusehen, wie lange diese heilige Kuh noch unangetastet bleiben wird. Die Partei sieht sich in der Zwickmühle, daß sie auf der einen Seite alles tun muß, damit das wirtschaftliche Wachstum weitergeht und politische Unruhen vermieden werden, der zunehmende Wohlstand zugleich aber unausweichlich die Erosion ihrer politischen Macht mit sich bringt (vgl. *Frank Ching, A Chinese Dilemma*, in: FEER 2. 12. 1993).

Stehen stürmische Zeiten bevor?

Im Dezember 1993 wurde der hundertste Geburtstag von *Mao Zedong* gefeiert, und die Gestalt des Großen Führers und Steuermanns herausgestellt. Seit seinem Tod im Jahre 1976 ist die Diskussion darüber nicht verstummt, inwiefern Maos Beitrag zur Geschichte Chinas als positiv oder als negativ einzuschätzen sei. Die „Far Eastern Economic Review“ untertitelte ihren Bericht über die Hundertjahrfeier von Maos Geburt mit: „Die Festlichkeiten können die Tatsache nicht verdecken, daß er heute keinerlei Bedeutung mehr hat“ (FEER, 30. 12. 93, 74).

Gleichzeitig hat die Diskussion über die Ära nach Deng Xiaoping begonnen. Mit 89 Jahren hat Deng nicht mehr viel Zeit, die Geschicke des Landes zu bestimmen, dies ist die übereinstimmende Meinung der meisten Kommentatoren. Inwieweit sein Tod jedoch zu großen und umwälzenden Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Leben der

VRChina führen wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Mehrzahl der China-Beobachter sagt eine stürmische Zeit der Neustrukturierung voraus, bei der die konservativen und progressiven Kräfte um die Vorherrschaft ringen werden. Andere sehen dagegen eine eher ruhigen Zeit des Übergangs voraus, in der die von Deng Xiaoping vorbereitete Konstellation von Jiang Zemin als bestimmender Person mit Li Peng als ausgleichendem beharrendem Element für eine weitgehende Kontinuität sorgen werden (vgl. Inside Mainland China 15 [1993] 11, 10 ff.). Anfang 1993 wurden von Deng Xiaoping drei „Tu es nicht!“-Regeln bekanntgemacht, mit denen er sich gegen eine Neubewertung der Ereignisse am Tiananmen-Platz im Juni 1989 wendet, vor einer bürgerlichen Liberalisierung warnt und sich gegen eine Jagd auf linke Abweichler ausspricht. Auch wenn es noch zu früh ist, die Ära Deng Xiaoping zu bewerten, läßt sich schon jetzt absehen, daß alle Versuche der alten Garde, das System einer ideologischen Einheitsfront unter der Führung der kommunistischen Partei bewahren zu wollen, zum Scheitern verurteilt sind. Deng Xiaoping wird wohl in die Geschichte eingehen als jemand, der den status quo bewahren wollte und im Ergebnis entscheidend mitgewirkt hat, das Ende des Systems herbeizuführen.

Die außenpolitische Isolierung der VRChina im Gefolge der Ereignisse am Tiananmen-Platz im Juni 1989 hat einige Jahre gedauert. Chinesischen Führern war es für knapp zwei Jahre nur möglich, in Afrika oder Lateinamerika Staatsbesuche zu machen. In der Zwischenzeit ist, wie Deng Xiaoping von Anfang an in richtiger (zynischer) Einschätzung der westlichen Prinzipien und Standfestigkeit vorhergesehen hat, der „Normalfall“ wieder eingetreten. Ausländische Staatsmänner besuchen wieder die VRChina und kehren mit mehr oder weniger stereotypen Hinweisen auf die Einhaltung der Menschenrechte in China zur „Tagesordnung“ zurück. Am zähesten hat US-Präsident *Bill Clinton* die Politik der Einhaltung der Menschenrechte durchgehalten, sich aber auf der Konferenz der Asiatisch-Pazifischen Ökonomischen Kooperation (APEC) in Seattle im November 1993 eine deutliche Abfuhr durch Jiang Zemin eingehandelt. Die Verknüpfung der Einräumung der Meistbegünstigung mit der Einhaltung der Menschenrechte wurde von der VRChina ohne jeden Schnörkel als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas zurückgewiesen. Die Verknüpfung der Gewährung der Meistbegünstigung mit der Einhaltung der Menschenrechte erweist sich auf die Dauer als ein stumpfes Instrument. Beobachter weisen darauf hin, daß es für Clinton besser wäre, auf die Ausweitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen zu setzen, weil darin größere Chancen für eine weitgehende Liberalisierung lägen.

„Business as usual“ schien die Devise für die Reise von Bundeskanzler *Helmut Kohl* (15.–22. November 1993) in die VRChina gewesen zu sein. Die Begleitung durch hochkarätige deutsche Wirtschaftsmanager ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß es der Bundesregierung um eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der

VRChina ging. Die auch vorgetragenen Wünsche (u. a. Übergabe einer Liste von verhafteten Bischöfen und Kirchenleuten) im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte wurden von Ministerpräsident Li Peng, wie zu erwarten, als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas zurückgewiesen. Seitens der Bundesregierung wurde für den Bau der Untergrundbahn in Guangzhou ein Kredit über mehr als 300 Millionen DM bereitgestellt, die aus dem Etat des BMZ stammen und offiziell als Entwicklungshilfe bezeichnet werden. Dagegen hat z. B. der Präsident von *Missio*, *Bernd Kaut*, in einem Interview mit dem SWF (20.11.93) Einspruch eingelegt, weil die Gewährung der Mittel für eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaftszonen Chinas nichts mit Entwicklungshilfe, eher aber mit einer Subventionierung der Anstrengungen des deutschen Firmenkonsortiums unter Führung der Fa. Siemens zu tun habe. Inwieweit die Freilassung der beiden Bischöfe *Chen Jianzhang* von Baoding und *Shi Enxiang* auf die Intervention des Bundeskanzlers bzw. von Kardinal Etchegaray zurückgingen oder einfach damit zu tun hatten, daß die zu drei Jahren Zwangsaufenthalt in sog. „Altersheimen“ – ein Euphemismus für Haft ohne Verurteilung – verurteilten Bischöfe ihre Strafe ausgesessen hatten (so die UCA-News am 10.12.93), wurde in der katholischen Kirche in Deutschland zum Teil kontrovers diskutiert.

Noch kein neues nationales Religionsgesetz

Der Direktor des Büros für Religiöse Angelegenheiten, *Zhang Shengzuo*, hat erst am 7. September 1993 vor der Presse erklärt, daß die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit auch weiterhin uneingeschränkt in Kraft sei und alle religiösen Handlungen, die darin zugesichert seien, vom Staat geschützt würden. Es gebe keinerlei Unterdrückung der Religionen in der VRChina, keine Verhaftungen von Personen wegen ihrer religiösen Überzeugung. Anderslautende Berichte von ausländischen Menschenrechtsorganisationen und der Presse seien Lüge und stellten eine Verleumdung der VRChina dar (China News Service 7.9.93). Dem steht gegenüber, daß von verschiedenen Provinzregierungen in der jüngeren Zeit besondere *restriktive Regeln für religiöse Aktivitäten* veröffentlicht worden sind, so in Xinjiang 1990 und in Qinghai 1992. Im Mai 1993 wurden in der Provinz Hebei „Regeln für Orte religiöser Tätigkeit und für das religiöse Personal“ bekanntgemacht, mit denen die 1989 nur für die Katholiken erlassenen Richtlinien etwas modifiziert und für alle Religionen verbindlich neu festgelegt werden. Danach sind nur die offiziell anerkannten religiösen Tätigkeiten legal, d. h., öffentliche Religionsausübung ist nur an den Orten gestattet, die von den Behörden offiziell anerkannt worden sind. Die Annahme finanzieller Unterstützung durch *religiöse Kräfte außerhalb Chinas* wird ausdrücklich untersagt. Ebenso dürfen religiöse Gruppen in China keinerlei Weisungen von außerhalb entgegennehmen.

Soweit die Katholiken betroffen sind – und sie sind offen-

sichtlich immer noch die Hauptzielgruppe –, zielen die Richtlinien eindeutig gegen die Tätigkeiten der *Untergrundkirche*, die in der Provinz Hebei traditionell sehr stark ist. Fast schon kurios mutet es an, wenn im Art. 25 den religiösen Führern untersagt wird, sich in die Familienplanung einzumischen. Im Kontrast zu den Bemühungen auf Provinzebene, immer neue Regeln für die religiösen Aktivitäten zu erlassen, geht die Arbeit an dem seit 1987 vorbereiteten *nationalen Religionsgesetz* nicht voran, so daß der Entwurf bis heute nicht Gesetz werden konnte. Die Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, das Organ, auf dem sich die verschiedenen Religionsgemeinschaften, Volksgruppen und andere gesellschaftlich bedeutende Gruppierungen regelmäßig treffen, hat im September 1993 in einer Intervention von *Zhao Puchu*, dem Präsidenten der chinesischen buddhistischen Vereinigung, die Regierung aufgefordert, das Gesetz endlich in Kraft zu setzen, weil dann die Rechte der Gläubigen besser als bisher geschützt würden.

Gerüchte über eine bevorstehende Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung der VR China kehren regelmäßig wieder. Neue Nahrung bekam die Spekulation, daß tatsächlich etwas in Bewegung gekommen sei, durch den Besuch von Kardinal *Roger Etcheberry*, dem Präsidenten des päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, der Anfang September 1993 nach Beijing kam. Offizieller Anlaß war der Besuch einer internationalen Sportveranstaltung, die zur selben Zeit in der Stadt stattfand. Äußerungen von Bischöfen, sowohl der offen operierenden Kirche, u. a. Bischof *Li Duan* von Xian, wie aus Kreisen der sog. Untergrundkirche, machten übereinstimmend deutlich, daß in China die Bereitschaft vorhanden ist, eine Änderung der bisherigen Politik des Vatikans positiv zu begleiten, und daß Erwartungen bestehen, daß in naher Zukunft Lösungen möglich werden. Seitens der Untergrundkirche wurden bestimmte Forderungen formuliert, die den Vatikan vor möglichen Zugeständnissen gegenüber verheirateten Bischöfen und Priestern der offiziellen Kirche warnten: Der Vatikan müsse in den Verhandlungen stark auftreten.

Offizielle politische Kreise in Beijing dagegen spielten die Kontakte zwischen dem Heiligen Stuhl und China eher herunter. Der Sprecher des Außenministeriums, *Wu Jianmin*, wollte sich vor der Presse zu Gerüchten über geheime Kontakte zwischen Beijing und dem Vatikan – so soll sich eine hochkarätige Delegation chinesischer Politiker in der Schweiz u. a. mit dem dortigen Nuntius *Karl Rauber* getroffen haben – nicht äußern. Er wiederholte lediglich die Beijing Standardversion der Bedingungen der chinesischen Seite für eine Normalisierung: 1. Der Vatikan muß die VR China als einzigen chinesischen Staat anerkennen und die „diplomatischen Beziehungen“ zu Taiwan abbrechen. 2. Der Vatikan muß aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Auch ein Besuch von Mutter Teresa im Oktober 1993 in Shanghai und Beijing wurde in Verbindung mit einer eventuellen Normalisierung gebracht. Die Einladung ging jedoch offiziell von der chinesischen Behin-

derorganisation aus, deren Direktor immer noch der Sohn von *Deng Xiaofeng*, der an den Rollstuhl gefesselte *Deng Pufang*, ist und die in der Vergangenheit schon einen Besuch von Mutter Teresa in China organisiert hatte.

Die katholische Kirche in China leidet immer stärker unter einem akuten Priestermangel. Die nach Jahren der Verfolgung, Haft und Entbehrung heute in der Seelsorge tätigen Priester sind alt, oft krank und verbraucht. Die vorhandenen Priester- und Vorbereitungsseminare sind permanent überfüllt. Nach der jüngsten bekanntgewordenen Statistik gab es Ende 1993 in der VR China 20 Priesterseminare mit 1036 Seminaristen sowie 18 kleine Seminare mit 354 Seminaristen. Das mit 150 Seminaristen größte und am besten ausgestattete Priesterseminar ist Sheshan bei Shanghai, gefolgt vom nationalen Priesterseminar in Beijing mit 100 Seminaristen. Die anderen Seminare sind wesentlich kleiner, haben oft kaum Lehrpersonen, keine auch nur irgendwie ausreichende Bibliothek und weisen auch sonst viele Mängel auf. Die Seminaristen müssen meist eng zusammengedrängt in Gebäuden leben und studieren, die für diese Zwecke eigentlich nicht geeignet sind. Der Zugang zu theologischer Literatur in Chinesisch aus Hongkong und vor allem Taiwan ist etwas leichter geworden. Ein theologischer Zyklus, ursprünglich in Taiwan von der Fujen-Universität entwickelt, ist in Shanghai von der katholischen „Kuanchi Press“ in Kurzzeichen veröffentlicht worden. Neben Shanghai soll es jetzt auch in Beijing möglich sein, in bestimmten Abständen ausländische Theologieprofessoren zu Gastvorlesungen einzuladen.

Auseinandersetzungen in der protestantischen Kirche

Ein Besuch des Präsidenten des Chinesischen Christenrats, Bischof *Ding Guangxun*, im „Fuller Theological Seminary“ in Pasadena (Kalifornien) im November 1993 aus Anlaß der Einführung eines neuen Präsidenten brachte Spannungen unter den *protestantischen Christen* inner- und außerhalb Chinas in der Frage der politischen Rolle der Drei-Selbst-Bewegung ans Tageslicht. Als Bischof Ding seine Begrüßungsrede halten wollte, verließen chinesische Studenten, die schwarze Armbinden und ein Banner gegen Christenverfolgung in China trugen, den Saal und kehrten erst nach der Rede des Bischofs wieder zurück. Bei einer nachfolgenden Begegnung mit Studenten des Seminars wurde Ding von diesen Studenten wegen seiner Rolle in der Drei-Selbst-Bewegung der Kollaboration mit der kommunistischen Regierung bezichtigt und der Beteiligung an der Verfolgung chinesischer Christen beschuldigt. Dabei ging es auch um die Verfolgung des protestantischen Kirchenführers *Wang Mingdao*, der in den 50er Jahren wegen der Verweigerung einer Mitarbeit in den Drei-Selbst-Gremien verfolgt und eingesperrt worden war. Bischof Ding wurde aufgefordert, sich wenigstens jetzt in der Zeitschrift „Tian Feng“, die damals Wang Mingdao angegriffen habe, für eine Rehabilitation dieses Martyrers der chinesischen Kirche einzusetzen.

zen. Der Bischof verwahrte sich gegen die Vorwürfe und dementierte die angeblichen Spannungen der Drei-Selbst-Bewegung mit der Hauskirchenbewegung: Sie hätten lediglich in den 50er Jahren bestanden. Im übrigen habe die Drei-Selbst-Bewegung ihre historische Aufgabe im wesentlichen erfüllt und es sei zu erwarten, daß sie sich bald selbst auflösen würde. *Jonathan Chao*, Präsident von „China Ministries

International“, der nach Bischof Ding ebenfalls im Fuller-Seminar sprach, betonte seinerseits, daß es auch gegenwärtig durchaus Spannungen zwischen der Drei-Selbst-Bewegung und der Hauskirchenbewegung gebe. Er beschuldigte dabei die Drei-Selbst-Bewegung mit der kommunistischen Regierung zusammen gegen diese Christen vorzugehen.

Georg Evers

„Armut spielt eine zentrale Rolle“

Ein Gespräch zur Kriminalitätsentwicklung mit Professor Christian Pfeiffer

Das Thema innere Sicherheit verspricht im „Superwahljahr“ 1994 besondere Aufmerksamkeit zu erlangen. Glaubt man Untersuchungen und Umfragen, fühlen sich immer mehr Deutsche durch eine ausufernde Kriminalität bedroht. Was ist dran an der vielfach beschworenen „Explosion des Verbrechen“? Über das Kriminalitätsniveau, seine Ursachen und die Möglichkeiten einer effektiveren Verbrechensbekämpfung befragten wir Professor Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und Lehrbeauftragter für Kriminologie an der Universität Hannover. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Pfeiffer, Kriminalität und innere Sicherheit gehören zu den Themen, die die deutsche Öffentlichkeit derzeit besonders bewegen. In manchen Schlagzeilen ist gar von einer „Explosion des Verbrechen“ die Rede. Ist die Aufregung gerechtfertigt, erleben wir tatsächlich einen Boom an Verbrechen und Straftaten?

Pfeiffer: Hier lohnt es sich, nicht nur die letzten drei oder fünf Jahre, sondern die letzten 20 Jahre zu betrachten. Dann zeigt sich, daß es zwischen 1972 und 1982 einen sehr viel deutlicheren Kriminalitätsanstieg in Deutschland gegeben hat als zwischen 1982 und 1992. Pro Hunderttausend der Bevölkerung gerechnet stieg die Zahl der angezeigten Taten von 1972 bis 82 um 66,9 Prozent, in den zehn darauffolgenden Jahren nur um 13,7 Prozent. In den siebziger Jahren hat sich aber über Kriminalität kaum jemand aufgeregt. Da stand anderes im Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung – vom Ölshock bis zur Bedrohung aus dem Osten. Ängste gegen äußere Feinde waren vorherrschend. Heute starrt die Öffentlichkeit wie gebannt auf den inneren Feind „Kriminalität“.

„Die Frage muß sachlicher diskutiert werden“

HK: Demnach wäre die momentane Konzentration auf das Thema Kriminalität also übertrieben?

Pfeiffer: Die Aufregung, die in Politik und Medien beobachtet werden kann, ist mit den Fakten allein nicht erklärbar, sondern wohl auch mit der Suche nach Themen, die das verlorengegangene Kommunismus-Thema ersetzen können. In

jedem Fall stimmt die Rede von einem nie dagewesenen Kriminalitätsanstieg so nicht. Es hat unbestreitbar in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs an registrierten Straftaten gegeben, nur ist dieser Vorgang nicht einmalig, es gab ihn auch früher schon. Die Frage nach Ausmaß, Ursachen und Gegenstrategien muß sachlicher diskutiert werden, als dies in den Medien geschieht und geschehen ist.

HK: Auch wenn ein Gutteil auf Übertreibungen in den Medien zurückzuführen wäre – schenkt man jüngeren Meinungsumfragen Glauben, scheint in der Bevölkerung doch eine weitverbreitete Kriminalitätsfurcht zu herrschen. Gibt es diese Furcht wirklich?

Pfeiffer: Hier warne ich vor Fehleinschätzungen. Wie eine große bundesweite Repräsentativumfrage unseres Institutes gezeigt hat, gibt es zwar eine ausgeprägte Sorge, daß die Kriminalität gestiegen ist. Wurden die Interviewten aber etwa direkt gefragt, ob sie in ihrem unmittelbaren Lebensbereich eine starke Zunahme der Kriminalität befürchten oder sich sorgen, selber Opfer einer Straftat zu werden, reduzierte sich die Furcht. Bezüglich des eigenen Lebensbereiches sind die Befragten überwiegend unbesorgt und fühlen sich weitgehend sicher. Nur eine kleine Gruppe ist durch Kriminalitätsfurcht so betroffen, daß sie in ihrer Lebensqualität tatsächlich eingeschränkt ist. Dabei handelt es sich vor allem um ältere Menschen, die alleine in Großstädten leben.

HK: Wenn man die Kriminalitätsentwicklung der letzten zehn Jahre genauer betrachtet – ist der von Ihnen erwähnte Anstieg um 13,7 Prozent über diesen Zeitraum hinweg gleichmäßig verlaufen?